

745 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVII. GP

Bericht

des Außenpolitischen Ausschusses

über die von der Abgeordneten Freda Meissner-Blau überreichte Petition (Nr. 27) betreffend Giftgasopfer in Irakisch-Kurdistan

Die gegenständliche Eingabe wurde am 23. März 1988 im Sinne des § 100 Abs. 1 des Geschäftsordnungsgesetzes 1975 von der Abgeordneten Freda Meissner-Blau überreicht und am selben Tag dem Außenpolitischen Ausschuss zur weiteren Behandlung zugewiesen.

In der von der Patriotischen Union Kurdistan, der Demokratischen Partei Kurdistan, Irak, der Demokratischen Volkspartei Kurdistan und der Sozialistischen Partei Kurdistan verfaßten Eingabe heißt es ua.:

„Am Mittwoch, den 16. März 1988, hat die irakische Regierung die Städte und Dörfer Halabdja, Khormal, Ababaile, Sergelu, Bergelu, Yachsamar, Schmeran, Suren, Balisan, Dolamazu und andere kleinere Dörfer von 6 Flugzeugstaffeln sechzehnmal bombardieren lassen.

Diesen Giftgas- und Napalmangriffen fielen 4 000 Menschen zum Opfer, zurück blieben Tausende Schwerverletzte ohne Behandlung. Sie sind durch die grausam erlittenen Verbrennungen einem schmerzhaften Tod ausgeliefert...“

Der Außenpolitische Ausschuss hat die gegenständliche Petition in seiner Sitzung am 12. Oktober 1988 in Verhandlung gezogen.

Im Ausschuss fungierte die Abgeordnete Freda Meissner-Blau als Berichterstatterin. An der Debatte beteiligten sich die Abgeordneten Mag. Waltraud Horvath, Dr. Ettmayer, Steinbauer, Freda Meissner-Blau, Dr. Cap sowie der Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten Vizekanzler Dr. Mock.

Die Abgeordneten Mag. Waltraud Horvath und Dr. Ettmayer sowie die Abgeordnete Freda Meissner-Blau brachten je einen Entschließungsantrag ein.

Bei der Abstimmung wurde der Entschließungsantrag der Abgeordneten Mag. Waltraud Horvath und Dr. Ettmayer einstimmig angenommen, jener der Abgeordneten Freda Meissner-Blau fand hingegen keine Mehrheit im Ausschuss.

Zum Berichterstatter für das Plenum wurde Abgeordneter Günter Dietrich gewählt.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Außenpolitische Ausschuss somit den Antrag, der Nationalrat wolle die beigedruckte Entschließung annehmen. %

Wien, 1988 10 12

Günter Dietrich
Berichterstatter

Dr. Jankowitsch
Obmann

/.

EntschlieÙung

Die Bundesregierung wird ersucht,

1. den Einsatz von Giftgas gegen die kurdische Zivilbevölkerung auf das Schärfste zu verurteilen und eine eheste internationale Untersuchung der diesbezüglichen Berichte zu verlangen;
2. unter Berufung auf die Satzung der Vereinten Nationen, die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und den Pakt über bürgerliche und politische Rechte, die Einstellung aller völker- und menschenrechtswidrigen Maßnahmen gegen die Kurden zu verlangen
3. und den auf Grund dieser Maßnahmen ins Ausland Geflüchteten die Rückkehr in ihre Heimat zu ermöglichen und deren Sicherheit zu garantieren;
3. im Rahmen internationaler Organisationen die Schaffung eines Instrumentes anzuregen, durch das — ähnlich wie bei spaltbarem Material — die Erzeugung und Weitergabe von Giftgas und ähnlichen toxischen und bakteriologischen Waffen untersagt und deren Vernichtung einer strikten Kontrolle unterworfen wird.